

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Der Abnehmer in der Reichshauptstadt Dresden 2 Mk. im Monat, bei Zahlung durch die Post 2,30 Mk., bei Vorbestellung 2,10 Mk. jährlich 24 Mk. Wilsdruffer Tageblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Postboten und andere Verkäufer zu jeder Zeit bezogen zu werden. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



Einzelheftpreis: die 4-spaltige Ausgabe 20 Halbpennig, die 2-spaltige Ausgabe 10 Halbpennig. Nachbestellungsgeld 20 Halbpennig. Druck- und Verlagsanstalt: Wilsdruffer Tageblatt, Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Nachrichten über den Inhalt der Artikel überträgt sich auf den Verfasser. Jeder Redaktionsrat ist verpflichtet, wenn der Verlag durch seine Tätigkeit Schaden erleidet, den Schaden zu ersetzen. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Gerichtsrats Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 63. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff, Dresden. Postfach: Dresden 2040. Mittwoch, den 16. März 1927.

Schwierige Wirtschaftslage.

Bei der jetzt eröffneten zweiten Lesung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums im Reichstag hat gegenüber der sehr weit verbreiteten Hoffnungslosigkeit, mit der die Entwicklung der deutschen Wirtschaft betrachtet wird, ein Redner daran erinnert, daß unsere Ausfuhr noch immer 35 bis 40 % hinter der des Jahres 1913 zurückbleibt. Den Grund hierfür gibt aber nicht bloß die außerordentlich starke Zusammenschrumpfung unserer Ausfuhr nach Rußland ab, sondern geben auch die handelspolitischen Schwierigkeiten, die wir mit unseren allernächsten Nachbarn haben, nämlich mit Polen, der Tschechoslowakei und Frankreich. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius charakterisierte deshalb unsere handelspolitische Lage als zurzeit wenig befriedigend. Hat sich doch das Gesamtbild der deutschen Ausfuhr infolge der Verschiebung, als wir nicht mehr die Mehrzahl unserer Ausfuhrwaren in den europäischen Staaten absetzen, wie das früher der Fall war, sondern, daß uns die anderen Erdteile mehr abnehmen als Europa. Gerade jetzt hat wieder Frankreich einen neuen Zolltarif veröffentlicht, der selbst dann für unsere Ausfuhr eine außerordentliche Belastung bedeutet, wenn wir mit diesem Lande zu einem Handelsvertrag kommen. Denn bei den Verhandlungen hat zwar die deutsche Regierung hinsichtlich der Höhe der deutschen Zölle freie Hand, weil diese autonom, also an eine feste Grenze nicht gebunden sind, während die französische Regierung unter die Minimalzölle nicht heruntersinken kann. Und aus Polen kommt soeben die Kunde, daß man dort mit der Absicht umgeht, eine Erhöhung der an sich schon enorm hohen Zölle um 40 % erfolgen zu lassen. Auch dort haben wir für die deutsche Einfuhr bisher ein Entgegenkommen in den Vertragsverhandlungen nicht feststellen können; ebenso denkt die Tschechoslowakei nicht daran, aus ihrer hohen Schutzollmauer zu unseren Gunsten auch nur einen Stein herauszunehmen. Die hinsichtlich der Weltwirtschaftslage wird also über einen Mangel an Aufgaben nicht klagen können.

Die Hoffnungen auf eine Ausbesserung haben sich also nur in sehr mäßigen Grenzen erfüllt und unsere Regierung ebenso wie die Führer der deutschen Wirtschaft veranlaßt, der Stärkung des Binnenmarktes ein größeres Augenmerk zu widmen. Es ist seit langem allzuviel von der Rationalisierung gesprochen worden, ohne daß man sich ganz im klaren darüber ist, ob eigentlich das Ziel dieser Rationalisierung, nämlich nicht etwa bloß die Verabreichung der Produktionskosten, sondern vor allem die Minderung der Preise, erreicht worden ist. Die Linie des Index für den Großhandel in Industrie-Produkten bewegt sich schon seit Monaten etwas nach unten. Im Lebenshaltungsbereich hat sich das nicht im gleichen Verhältnis ausgewirkt. Die Industrieerzeugnisse verbilligten sich also, die Preisliste der Lebensmittel aber, namentlich des Getreides, sowie die Mieten stiegen in die Höhe. Minister Dr. Curtius wies in seiner Rede darauf hin, daß die betriebliche Rationalisierung in Deutschland durchaus nicht vollkommen durchgeführt ist. Nicht aber das Endziel, sondern nur eine bestimmte Etappe auf dem Wege der Rationalisierung bedeute eine Preisreduzierung. Auf der anderen Seite müsse dem die Steigerung der Kaufkraft der Massen, also eine Vermehrung der Nachfrage auf dem Binnenmarkt und damit wieder eine Erhöhung der Nachfrage und der Produktion entsprechen. Diese natürliche Erhöhung der Produktion ist dann aber erst die Voraussetzung dafür, daß wir dem Endziel der Rationalisierung, nämlich der Wiederaufnahme aller branchen-fähigen Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß, allmählich näher kommen.

Diese Linie würde gerade verlaufen, diese Entwicklung wäre vielleicht ohne größere Hemmnisse durchzuführen, wenn nicht der große Preisrückgang der Exporterzeugnisse aus dem Davaes-Gutachten auf diesem Wege läge. Der Minister wies darauf hin, die bisherige Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sei im wesentlichen darauf hinausgelaufen, die Jahresleistungen durch Aufnahme neuer Schulden abdecken, also nicht etwa aus dem Überschuss der Produktion. Früher einmal hat ein bekannter schwedischer Nationalökonom erklärt, die Durchführung des Dawes-Planes bestehe eigentlich darin, daß eine Urhebe, also jene Staaten, an die Deutschland die Leistungen zu erfüllen habe, die Leistungssummen durch Aufnahme deutscher Ausfuhr selbst zahlen. Das ist leider nur in sehr beschränkter Ausmaße geschehen, vielmehr wächst die Verschuldung Deutschlands an das Ausland in schnellerem Ausmaß und damit sein Substanzverlust. Wir würden heute wohl nur die Hälfte der Erwerbslosenzahl aufweisen, wenn nicht diese Substanzverluste, also die Ausfuhr deutscher Waren in Form von Zuschüssen und Darlehen ohne Gegenleistungen, die Linie der wirtschaftlichen Entwicklung so ungeheuer stark beeinträchtigen würde.

Der Bau des Mittellandkanals.

Das Verkehrsnetz in den Grenzprovinzen. Der Haushaltsausschuß des Reichstages entspann sich bei der Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums über das Staatskapitel, das die Fortsetzung des Kanalbau-

Das Reichskabinett einmütig hinter Stressemann.

Stressemanns Rechenschaftsbericht.

Wichtige Sitzung der Reichsregierung.

Am Dienstag nachmittag hat ein Kabinettsrat stattgefunden, in dem Reichsaußenminister Dr. Stressemann über die letzte Reichstagsung ausführlich Bericht erstattete. Diese Sitzung des Reichskabinetts fand unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten, der den Wunsch ausgedrückt hatte, im Kabinettsrat einen ausführlichen Bericht Dr. Stressemanns über die Genfer Ereignisse entgegenzunehmen, nachdem ihm der Reichsaußenminister gleich nach seiner Ankunft ein kurzes Referat über Genf gehalten hatte. Wie man hört, sollen in Anbetracht der Ausführungen Dr. Stressemanns auch die vom polnischen Außenminister Jaleski in Genf gemachten Vorschläge für die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen erörtert und auch die angekündigte offizielle Demarche Deutschlands wegen der Rheinlandräumung besprochen sein.

Nach einem Beschluß des Ministerrates des Reiches wird sich der Auswärtige Ausschuß am Donnerstag mit den Ergebnissen von Genf beschäftigen. Im Plenum des Reichstages wird diese Frage bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes besprochen werden, die für Montag nächster Woche angesetzt ist.

Der dem Reichsaußenminister Dr. Stressemann nahe stehenden täglichen Rundschau schreibt die Entwicklung der Dinge im Osten das beherrschende Moment der großen Außenpolitik zu sein. Stressemann werde wahrscheinlich sowohl hierüber wie über die Gesamtsituation der deutsch-französischen Beziehungen bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes sprechen. Dann werde man vielleicht auch erkennen, daß viele Fragen in einem Zusammenhang stehen, der nicht in die Augen fällt, wenn man sie als Einzelfragen betrachte.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 15. März. Amtlich wird mitgeteilt: „In dem heutigen, unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten abgehaltenen Kabinettsrat berichtete Reichsaußenminister Dr. Stressemann über die außenpolitische Lage und die Verhandlungen des Völkerbundes in Genf. Nach eingehender Aussprache, bei der insbesondere die Rechtsauffassung geteilt wurde, wie sie der Außenminister in Genf bei den Deutschland berührenden Fragen vertreten hat, stimmte das Kabinett dem vorliegenden Ergebnis der Genfer Tagung einmütig zu.“

Böfien und Kriegsgefahr.

Das in Genf tagende Ratkomitee hat unter dem Vorsitz des deutschen Delegierten, Gesandten Göppert, die Erörterung des ihm vorliegenden Berichtes über die vom Rat auf Grund des Artikels 11 im Falle drohender Kriegsgefahr zu ergreifenden Maßnahmen abgeschlossen. Besonders drehte sich die Debatte um die Frage der Zurückziehung der diplomatischen Missionen und der See- und Luftlanddemonstration. Bei der letzten Frage wurde insbesondere in Erwägung gezogen, welche völkerrechtlichen Schwierigkeiten etwaige Maßnahmen der demonstrierenden Flugzeuge nach sich ziehen könnten.

Dies wurde besonders von dem deutschen Delegierten Göppert betont, dessen Ausführungen sich der italienische

und der japanische Vertreter anschlossen. Der Vertreter Kolumbiens lehnte jede Luftdemonstration ab. Der Rumäne Titulesku, Paul-Boncour und Benesch setzten sich dagegen sehr lebhaft für die Demonstration ein. Schließlich wurde ein von Cecil vorgelegter Vermittlungsvorschlag einstimmig angenommen, dessen Inhalt besagt, der Rat könne, wenn er es für nötig und nützlich halten sollte, die Mächte zu einer Luftdemonstration in vernünftigen Grenzen auffordern.

Das Ende der völkischen Fraktion im Reichstage.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 15. März. Die nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstage veröffentlichten eine Erklärung, in der es heißt, sie hätten an den Vorständen der völkischen Arbeitsgemeinschaft, Abgeordneten von Graef, die Aufforderung erhalten, ihnen den Vorsitz der Fraktion der völkischen Arbeitsgemeinschaft abzutreten, da sie nach dem Ablehnen verschiedener Abgeordneter zu den Nationalsozialisten die stärkste Gruppe dieser Fraktion seien. Da Graef sich geweigert habe, den Vorsitz abzugeben, hätten die nationalsozialistischen Abgeordneten ihren Austritt aus der völkischen Arbeitsgemeinschaft erklärt, so daß die völkische Fraktion nunmehr aufgehört habe, zu bestehen.

Eupen-Malmédy vor der belgischen Kammer.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Brüssel, 15. März. Am Verlauf der Eupen-Malmédy-Debatte erklärte Ministerpräsident Jaspers, die Interpellation könne keine praktischen Folgen haben. Eine neue Regelung könne niemals in Frage kommen, ungewisser, als die Grenzen durch zwei feierliche Verträge und durch die belgische Verfassung festgelegt seien. Die These Sommerhausens über die Annexion des Artikels 19 des Versailler Vertrages sei nicht realisierbar, denn man könne den Vertrag von Versailles nicht ändern. Belgien habe sich Eupen-Malmédy gegenüber sehr liberal gezeigt; man könne aber eine Agitation in diesem Gebiete nicht dulden. Die Intervention Sommerhausens könne diese Agitation nur vermehren. Die Verhandlungen in Eupen-Malmédy seien endgültig und unumstößlich abgeschlossen, und die gegnerische Regierung werde keine Initiative im Sinne des Vorschlages Sommerhausens ergreifen. Die Bevölkerung des Gebietes sei belgisch und werde belgisch bleiben. Der Vertrag von Locarno lege die Unantastbarkeit der belgischen Grenzen vor. Deutschland habe diesen Vertrag freiwillig zugestimmt. Sommerhausens antwortete, die Intervention werde eingeleitet werden. Darauf behauptete Jaspers, die Agitation in Eupen-Malmédy werde von einer Minderheit im Einverständnis mit Deutschland betrieben. Er wolle nicht glauben, daß die deutsche Regierung diese Agitation begünstige, dagegen aber die nationalsozialistische Partei, die den Krieg wünsche. Der französische Abgeordnete Vos erklärte, die Gegner der Annexion in Eupen-Malmédy täten Recht daran, deutsche Hilfe anzunehmen, da sie selbst Deutsche seien. Der Sozialist Pierrard widersprach Jaspers Behauptungen, daß sich die Verhältnisse in Eupen-Malmédy nicht geändert hätten, zumal schon Verhandlungen gepflogen worden seien. Vonderweide erklärte demgegenüber, daß zwischen der belgischen und der deutschen Regierung keine Verhandlungen über Eupen-Malmédy stattgefunden hätten.

ministeriums aufgeführt sind, zur weiteren eingehenden Beratung dem Unterausschuß, ebenso den Staatsrat über den Mittellandkanal. Darauf folgte eine Generaldebatte über die Reichseisenbahn.

Flottendebatte im Unterhaus.

Neue Seerüstungsnotiz Amerikas.

Admiral Sir Reginald Hall trat bei einer Marinodebatte im Unterhaus ebenso wie Oberleutnant Gillan Young für den Bau leichter Kreuzer ein. Admiral Hall verteidigte den Standpunkt, daß die schweren Kreuzer im Kriegsfalle keine nützliche Verwendung finden könnten, Oberleutnant Young beglückwünschte sie vom Gesichtspunkte der allgemeinen Abrüstung aus als weniger zweckmäßig. Admiral Hall erklärte weiter, daß keine Flottenabrüstungskonferenz Großbritanniens die Hände hinsichtlich des Baues leichter Einheiten binden würde. Der liberale Abgeordnete Kinclman wie alle anderen Redner betonten, daß Flottenbegrenzungen sich im Rahmen des Möglichen halten müßten. Eine allgemeine Abrüstung würde die für die Marine aufgewandten Kosten, die gegenüber der Zeit vor dem Kriege eine Steigerung um 150 Millionen Pfund aufweisen und weiterhin eine ansteigende Tendenz zeigen.

Zu gleicher Zeit wird bekannt, daß die amerikanische Regierung in Paris eine neue Note in der Frage der